

Bütower Anzeiger.

Der „Bütower Anzeiger“
erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.
Abonnementspreis
beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu
diesem Preise incl. Postzuschlag Bestellungen an.



Der Inserationspreis
beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis
Dienstag und Freitag Mittag erbeten.
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für jedes Blatt an.
Einrückungsaufträge an alle
auswärtigen Blätter werden ohne Preisauflage vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: F. Glöck in Bütow.

Verlag und Redaktion von F. Glöck in Bütow.

Nr. 21.

Freitag, den 13. März

1891.

Zu Bismarcks Reichstagskandidatur.

Die Thatsache, daß Fürst Bismarck sich, wenn auch nicht unbedingt, so doch gegebenenfalls zur Annahme einer Reichstagswahl entschlossen hat, legt den Gedanken nahe, daß in letzter Zeit eine Annäherung zwischen Berlin und Friedrichshagen stattgefunden hat, wie dies von der „Vorfr.“ und der „Köln. Ztg.“ behauptet wird. Wäre dies nicht der Fall, so bliebe nicht zu verstehen, wie der Fürst, nachdem er bisher gegen die Annahme von Kandidaturen, „Nichtigen persönlicher, häuslicher und gesellschaftlicher Natur“ geltend gemacht, diese Gründe nun nicht mehr als maßgebend crachten könnte. Gerade die „persönlichen Verhältnisse“, d. h. die Beziehungen zu der allerhöchsten Stelle, welche dem Fürsten z. B. schon in seiner Eigenschaft als Generaloberst eine dienstliche Meldung beim Kaiser vorschreiben, falls er nach Berlin kommt, können nur dann außer Betracht bleiben, wenn jene „Annäherung“ thatsächlich stattgefunden hätte.

Ganz anders lautet indessen, was die „Freil. Ztg.“ sagt. Ihr zufolge hätte Finanzminister Miquel am Sonntag eine längere Konferenz mit dem Reichstagskanzler v. Caprivi gehabt. Die Konferenz soll sich auf die Stellung der Regierung gegenüber einer Reichstagskandidatur des Fürsten Bismarck bezogen haben. Die Minister machen, wie das „Nichterliche“ weiß, kein Hehl daraus, wie unbedeutend ihnen das Erscheinen des Fürsten Bismarck im Reichstoge sein würde. „So „unmöglich“ dem Herrn v. Caprivi auch jede „Gemeinschaft mit der freisinnigen Partei“ ist, so würde er wahrscheinlich derselben im Falle sehr dankbar sein, wenn sie den Fürsten Bismarck im 19. hannoverschen Wahlkreise aus dem Kreise schaffe. Das wäre vielleicht zu erreichen, wenn die Deutschhannoveraner sich entschließen könnten, den freisinnigen Kandidaten in den ersten Wahlgänge zu unterstützen und dadurch in die Stichwahl zu bringen.“

Die Stellung, welche die Leitung der national-liberalen Partei zur Kandidatur Bismarcks nimmt, ergibt sich aus folgender Mitteilung der „Nat.-Ztg.“: „Aus dem 19. hannoverschen Wahlkreise ist seitens des national-liberalen Wahlkomitees an das Zentralkomitee nach Berlin berichtet worden, daß der Landtagsabgeordnete Schoof in der Vertretungsmannerversammlung zu Otterndorf am 5. d. berichtet habe, „mit Zustimmung des Zentralkomitees in Berlin, bezug auf den Antrag des Fürsten v. Bismarck zum Reichstagskandidaten vorschlagen zu müssen.“ Das Zentralkomitee der national-liberalen Partei hätte dem Herrn Abgeordneten Schoof in bezug auf diese Kandidatur weder einen Auftrag noch eine Ermächtigung erteilt.“

Die freikonservative „Post“ bemerkt zur Kandidatur des Fürsten: „Wir unferriestlich sehen darin keinen Grund zur Beunruhigung. Man hat zu Ang und Frommen der linksliberalen Partei-interessen sich zwar auf das eifrigste bemüht, einen scharfen Gegensatz zwischen der Politik der Regierung und der Auffassung des Fürsten Bismarck zu konstruieren. Wer indessen nicht durch die gefährliche Wille des Parteiinteresses sieht, wird erkennen, daß beide sich in dem Streben, die Einheit und Stärke des Reichs nach innen und außen zu wahren und zu erhalten, treffen. Man ist daher zu der Annahme berechtigt, daß Fürst Bismarck, zu dessen charakteristischen Eigenschaften es gehört, große Fragen bis nur unter großen Gesichtspunkten zu behandeln, mit seiner Staatsmännlichen Einsicht und Erfahrung der Regierung eine wertvolle Stütze zur ihren demnationalen und europäischen Politik sein und in diesem Sinne vornehmlich im Reichstoge wirken würde. Ganz abgesehen davon, daß der Reichstog nur dadurch gewinnen kann, wenn er einen Mann von der Bedeutung des Fürsten Bismarck in seinen Reihen zählt.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser nahm am Dienstag Marinevorträge entgegen. Am Nachmittag fand zur Feier des Geburtstages des Kaisers von Ausland Teufel statt, an welcher auch Mitglieder der russischen Botschaft teilnahmen.

* Ein Besuch des Kaisers in Altona, beim Grafen Waldersee, ist demnächst zu erwarten. Der Besuch wird anlässlich einer projektierten Reise des Kaisers nach Kiel erfolgen.

* Der preuß. Kultusminister v. Goltz hat sein Abchiedsgesuch eingereicht; dasselbe soll bereits genehmigt sein.

* Die „Vö. Korresp.“ weiß ihren Lesern von angeblichen Gerüchten zu erzählen, nach denen eine Art Ausöhnung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Reichstagskanzler Caprivi im Werke sei; in „parlamentarischen Kreisen“ soll man diesen Gerüchten keine Bedeutung beimessen. „Man will“, so heißt es in dem genannten Organe weiter, „aus gewissen Anzeichen schließen, daß Fürst Bismarck allerdings direkt oder indirekt Versuche gemacht habe, sich nicht seinem Nachfolger, wohl aber dem Kaiser wieder zu nähern, daß aber diese Versuche völlig erfolglos geblieben sind.“

* Wie der „Reichs-Anzeiger“ amlich mitteilt, ist der Unterstaatssekretär im preuß. Kultusministerium, Dr. Warthausen, unter Beilegung des Charakters als Wirklicher Geheimrat mit dem Präbital Ergelung zum Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenrats ernannt worden. — Sein Vorgänger Dr. Hermes hat bei seinem Abschiede den Orden Abler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub erhalten.

* Die Deputation des Landesausschusses aus den Reichsländern in Angelegenheit des Patzwanages, welche in Berlin vom Kaiser empfangen wird, besteht aus dem Präsidenten Schlumbocher, dem ersten Schriftführer Jaron Charpentier und dem Reichstagsabg. Petri und von v. Bulach.

* Bei der nächsten General-Konferenz des deutsch-italienischen Eisenbahnverbandes wird unter anderem die Frage der Ausfuhr von Kohlen und Eisen aus Deutschland nach Italien einer Besprechung unterzogen werden. Seitens der Eisenbahndirektionen sind die deutschen wirtschaftlichen Vereinigungen, welche an der Ausfuhr Interesse haben, ersucht worden, über die Höhe des Verkehrs im vorigen Jahre zu berichten und sich über die Maßnahmen zu äußern, welche zu einer Erhebung des Verkehrs für zweckmäßig erachtet werden.

Oesterreich-Ungarn.

* Die offizielle Wiener „Montagsrevue“ führt aus, die neue Parla ment s-Mehrheit werde aus Deutschliberalen, Polen und allen Konserverativen bestehen. Das Programm der Regierung sei, die bestehende Verfassung in allen ihren Teilen zu schützen, und dem Frieden im Innern die Wege zu ebnen. Die Majorität solle alle Fragen, welche das nationale und Verfassungsgebiet betreffen, von der Disziplin thumlich fernhalten und sich der wirtschaftlichen Entwicklung des Reichs mit allem Eifer hingeben.

Das Organ der ungarischen Regierung, „Neuzel“, tritt den pessimistischen Proveseimmern deutscher und ungarischer Väter bezüglich des deutsch-österreichischen Handelsvertrages entgegen und betont, es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die maßgebenden Faktoren Sonderinteressen keinen größeren Einfluß einbringen werden, als den allgemeinen, welche einen Erfolg der Verhandlungen dringender erscheinen. Am Mittwoch sollte die entscheidende Sitzung stattfinden.

Frankreich.

* Bekanntlich wollen die Pariser Künstler sich an der Moskauer Ausstellung beteiligen, sie sind dabei aber in einen Konflikt mit Russland geraten. Der „Nat.-Ztg.“ teilt man darüber aus Paris mit: Das hiesige russische Generalkonsulat verweigert das französische Ausstellungslösung an der Moskauer Ausstellung, welche einen Lausitzer einbringen können, die Pskovia. Die französischen Journale protestieren bereits gegen diese Maßnahme.

England.

* Der diplomatische Zwischenfall in der Frage des Hochzeitsgesanges im Verhängeramer wird veröffentlicht. Eine Devische Lord Salisbury an den britischen Gesandten in Washington, Bancroft, vom 21. Februar hält an der Behauptung fest, daß die Engländer im Verhängeramer die gleichen Rechte haben, wie anderswo im offenen Meere. Salisbury stimmt nur überein zu, daß die in der Doppelde des Staatssekretärs Fragen einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

* Ueber ein türkisches Parlament wurde am Montag im Oberhause verhandelt. Premierminister Lord Salisbury erklärte, es sei nicht Englands Sache, in der Türkei repräsentative Institutionen zu unterstützen; wenn das türkische Volk solche wünsche, werde es sie

erhalten (?), sonst würden dieselben weder die Wohlfahrt noch die Zufriedenheit der Bevölkerung herbeiführen.

Belgien.

* Ueber die Verfassungsrevision teilte Minister Beernaert am Dienstag in einer Versammlung der Zentrumssektion die Absichten der Regierung dahin mit, daß die Wählerzahl auf 600 000 erhöht, und die Anzähligkeit Grund-lage des Wahlrechts sein soll. Für die Wählbarkeit zum Senat soll der Besitz beibehalten werden und die Wahl indirekt durch die Provinzialräte erfolgen.

* Eine aus Arbeitern und Arbeitgeberern bestehende Delegation des Arbeits- und Industriesektors überreichte den Ministern eine Petition, in welcher die Regierung ersucht wird, verhältnißliche Maßregeln zu ergreifen, um einen allgemeinen Streik zu verhindern, der unheilvolle Folgen haben würde.

Dänemark.

* Die Presse der Rechten jubelt über das jetzt mit der gemäßigten Linken geschlossene Kartell. So schreibt ein ministerielles Organ: Die abgelehnte Lieberkühn hat zu bestimmter Verengung der Linken geführt. Das Regime Estrup hat offenbar den Sieg davongetragen. Als der Reichstog zusammentrat, waren drei Viertel der Mitglieder oppositionell, jetzt beträgt die Regierungspartei über zwei Drittel der Mitglieder.

Italien.

* Der im Sterben liegende Prinz Napoleon verweigerte, seinen Sohn Viktor vorzulassen und lehnt auch die Tröstungen der Kirche ab.

Spanien.

* Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die Regierung wegen Ausbreitung der Unabhangigkeits-Pligation die Abfertigung von 6870 Mann nach der Insel Cuba befohlen.

Rußland.

* Der Bruder des Zaren, Großfürst Sergius Alexandrowitsch, ist zum General-Gouverneur von Moskau, und Fürst Dolgorouff, welcher diesen Posten bisher bekleidete, zum Mitglied des Reichsrats ernannt worden.

* Die russische „Petesch. Ztg.“ betont die Notwendigkeit, einige im Kaukasus liegende Truppenabtheile und eine kausatische Kavallerie-Division nach der Westgrenze zu verlegen, um ihnen wichtige Aufgaben bevorstehen können.

Balkanstaaten.

* Der König von Griechenland wird Mitte nächsten Monats in Berlin eintreffen, um daselbst einige Tage zu verbleiben. Der König berührt übrigens Berlin nur, weil er sich auf der Durchreise nach Kopenhagen befindet. Von der dänischen Hauptstadt, woselbst er einen längeren Aufenthalt nimmt, wird er sich nach Wiesbaden begeben, um, wie schon vermeldete Male früher, eine vierwöchentliche Kur zu gebrauchen. Nach Beendigung derselben wird der König gemeinsam mit seiner inzwischen in Deutschland eingetroffenen Familie mit Ausnahme des Kronprinzen Paars, welches durch die Regententhronung in Athen festgehalten wird, nach Kopenhagen aufs neue zurückkehren, um die bestimmte Familienvereinigung im Schloffe Fredensborg während des Sommers zu genießen.

* Das Gerücht von einer für nächsten Oktober geplanten Reise des jungen serbischen Königs Alexander nach Rußland beruht, wie von untrüchtlicher Seite vermeldet wird, auf Erfindung.

Amerika.

* In den politischen Kreisen Washingtons erregt die offenbar von autorisierter Seite aus-gesendete Feststellung großes Aufsehen, daß die Genehmigung der Judiauer-Konvention als billige auf eine skandalöse Korruption zurückzuführen ist, da der betreffende Belegentwurf noch nicht gedruckt ist. Der genaue Betrag der Kosten ist noch unbekannt. Das kongreß-mitglied Peck, welcher zugleich Mitglied des Senats ist, hat die Indianerangelegenheiten ist, hat jedoch den Kostentrag für die Indianer auf 16 Millionen Dollar. Der Rest der zwanzig Millionen des Kostenanschlages ist für sogen. „Nebenangelegenheiten“ gebucht, die mehr oder weniger verächtlich sind.

Deutscher Reichstog.

Am Dienstag hat der Reichstog zunächst die Novelle zum Strafgesetzbuch betr. die Schädigung der Post- und Telegraphenverwaltung, 2 Strafbestimmungen wegen unzulässiger Benutzung erweiterter Post- und Telegraphenstellen und zweier Sätze von Telegraphenangelegenheiten in

Bezug angenommen, ebenso den Gesetzentwurf betr. die kaiserliche Schuttruppe für Deutsch-Dalarien. Darauf beschloß sich das Haus mit Wählprüfungen und erwiderte sich zum Schluß abermals als beschlußfähig, es waren nur 141 Abgeordnete anwesend.

Auf der Tagesordnung des Reichstages vom Mittwoch standen Petitionen. Unter denselben befaßte sich auch eine, welche die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin betrafte. Diefelbe sollte nach dem Vorschlage der Abgg. Niderst und Bebel der Regierung zur Berücksichtigung bezw. Ervägung überwiesen werden. In der Debatte wies u. a. der Abg. Bebel darauf hin, daß in dem Maße, wie die Bevölkerung und Konkurrenz zunehmen, muß doch den Frauen auch neue Berufsmöglichkeiten eröffnete müssen. Abg. Niderst betonte, daß es sich hier um gerechte, in anderen Ländern bereits längst erfüllte Forderungen der Humanität, nicht etwa um „Gemasinnungsstift“ handle. Die Mehrheit des Hauses ging jedoch über sie auf Antrag der Kommission zur Tagesordnung über.

Preussischer Landtag.

Am Mittwoch legte das Abgeordnetenhaus die zweite Beratung der Gewerbesteuer-Vorlage fort und billigte die Bestimmungen über die Einleitung der Gewerbesteuerlisten und die Steuerläse, sowie über das Veranlagungs- und Veranlagungsverfahren. Des weiteren wurde beschlossen, daß die Beratung gegen die Beschloße der Veranlagungs-Kommission in allen Fällen an die Bezirksregierung statt an den Finanzminister zu erfolgen hat. Als Beschwerdeinstanz gegen die Veranlagungsbeschloße wurde auch hier, wie im Einkommensteuergesetz, das Oberverwaltungsgericht statt eines besonderen Steuer-Gerichtshofes bestimmt.

Am Mittwoch legte man die Beratung der Gewerbesteuer-Vorlage fort. §§ 59 bis 69, über welche zusammen beraten wurde, bestimmen, daß für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe eine besondere Betriebssteuer zu erheben ist, welche zwischen 12 und 100 Pf. beträgt, und gegen die Wohnstätten der Besteuerung, Veranlagung zc. ist. Der Abg. Broemel hatte beantragt, diese beiden Paragraphen zu streichen. In seiner Beantwortung dieses Antrages meinte Abg. Goldschmidt, daß es der Regierung weit nenniger auf die „moralische Seite“, die Verminderung des Lebens, ankomme, als vielmehr auch hier auf eine Vermehrung ihrer Einnahmen. Außerdem beantragt er im Falle der Ablehnung des Antrages Brömel, in § 60 zu bestimmen, daß die Gewerbetreibenden der niedrigsten Steuerstufe von zwei Mark in der ersten Hälfte des zweiten Monats die Steuer bezahlen sollen, während die Regierungsvorlage die Bezahlung in der ersten Hälfte jeden Monats verlangt. Dieser Antrag wurde dem auch angenommen.

Von Hah und Fern.

Das kaiserliche Leibjägerkorps. In seiner persönlichen Bedeutung der Ausfahrten zc. hält der Kaiser betamlich ein Leibjägerkorps, welches jetzt 15 Köpfe stark ist. Es werden zu diesem Dienst nur gelehrte Jäger engagiert, die ihre Lehrzeit in den königlichen Foren absolviert haben und nach Ablegung ihrer Militärpflicht in einem Jägerbataillon sich zur Dienstleistung in den Foren der königlichen Hofkammer melden. Nach sorgfältiger Auswahl seitens des Hofmarschallamtes und nach persönlicher Vorstellung beim Kaiser werden dieselben zunächst probeweise engagiert, bis sie dann bei entsprechender Befähigung definitiv angestellt werden. Der Leibjägerdienst beim Kaiser wird ihnen anlang ihrer Fortbildung der Militärzeit bei den vorgezeichneten in absolvierenden Dienstjahren in der Hofkammer angerechnet; nach 9 bzw. 12 Jahren erhalten sie Anstellung als pension-berechtigte Förster in den königlichen Foren. Die meisten derselben stehen es jedoch vor, im persönlichen Dienst beim Kaiser zu verbleiben. Neben hiesigen Tag haben die Leibjäger den persönlichen Dienst zu versehen, an welchem sie sich im königlichen Schloße auf der ihnen angemessenen Dienststube bereit zu halten haben. Am Salär erhalten die kaiserlichen Leibjäger durchschnittlich 250 Mk. per Monat.

Der lauge Winter hat uns wieder einen unangenehmen Gast gebracht, welcher noch vom vergangenen Jahre her bei allen in diesen Augenblicken steht. Die Influenza tritt seit einigen Wochen in mehreren Stadien wieder eidentlich auf, wenn auch nicht in dem Umfang und der Heftigkeit, wie im vorigen Winter.

Das Zustandekommen des Marschall-Lour-Vertrages in der alten Kaiserzeit Durchblutung ist nunmehr vollständig gekehrt.